

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 pbbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Horst Peter MdB zur Strategie-  
debatte der C-Parteien:  
Die Union ist bewegungsun-  
fähig geworden.

Seite 1

Arne Börsen MdB zur Aus-  
einandersetzung um die Post-  
reform: SPD-Forderungen er-  
füllt.

Seite 4

Dokumentation:

Am 23. Februar fand in  
Bonn ein Gespräch der SPD  
mit 200 Vertrauensleuten  
von Wehrpflichtigen statt.  
Wir dokumentieren die Aus-  
führungen, die Norbert Gan-  
sel MdB, Vorsitzender des  
SPD-Parteirates, dabei mach-  
te. Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 40

27. Februar 1989

Die Union ist bewegungsunfähig geworden

Zur Strategiedebatte der C-Parteien

Von Horst Peter MdB

In der Tat: Die Strategen in Kanzleramt und Adenauer-Haus sind nicht zu beneiden. Denn: sie haben keine Strategie mehr. Die nicht eingelösten Erwartungshorizonte, Wohlstandsverheißungen und nationalpolitischen Ablenkungsmanöver führen zur Erosion der in der Opposition noch einmal zusammengeklauten Adenauer-Mehrheit, denn am rechten Rand der Union entsteht mit den Republikanern eine Formation, die die deutsch-nationalen, ausländergefeindlichen und sozialdarwinistischen Propagandaversatzstücke der Union ernst nimmt und deren Durchsetzung einklagt.

In der Opposition war es der Union mit dem rabiaten Nein, das besonders Strauß formulerte, gegenüber Entspannungs- und Ostpolitik, in den Ländern gegenüber der Schulpolitik, nochmals gelungen, divergierende Strömungen und soziale Schichten der Adenauer-Mehrheit auf ein Projekt zu vereinen. Eine Mehrheit ohne Zukunft: Bauern, Nationalkonservative, Vertriebene, die Mullahs des protestantischen und katholischen Fundamentalismus, Christlich-Soziale, wirtschaftsliberale und paternalistische Unternehmer. Eine Mehrheit, die in der Opposition zusammenfindet, wenn sich die Ausschließlichkeit der diversen Interessen nicht bemerkbar macht, die aber auseinanderfallen muß, wenn im Regierungshandeln zugunsten der einen und zuungunsten der anderen entschieden werden muß.

Die Mehrheit wurde zerrieben zwischen den in der Opposition aufgebauten extremistischen Erwartungshorizonten und der Realität der Ökonomie und der Weltpolitik. Der Rekurs auf die Adenauer-Formel der 50er Jahre: „Kalte Krieg“-Politik der Stärke / wirtschaftswunderinduzierte Sozialpolitik mußte unter veränderten Bedingungen scheitern. Geschichte läßt sich nicht wiederholen.

Auf der Basis der ökonomischen Rekonstruktion und der Sozialpolitik der 50er Jahre war die nationale Rhetorik integrativ: Bauch, Kopf und Herz wurden befriedigt und der satte Bauch ließ vergessen, daß sich trotz Politik der Stärke kein Erfolg einstellte. Auf der Basis der ökonomischen Desintegration der 80er Jahre, die durch Sozialabbau potenziert, auch sozial desintegriert, führt die nationale Rhetorik zur Erosion, wenn die Rhetorik konterkariert wird vom Schwinden des Feindbildes - Stichwort Gorbatschow - und den starken Worten wenig Taten folgen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos für Umwärtige  
mit dem eigenen Rückruf-  
Zuschlag-Papier



In der Opposition mögen viele glauben, daß nach der Beseitigung der Investitionshemmnisse im Aufschwung die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind, daß dem Herunterfahren der Staatsverschuldung, der monetären und Anspruchsinflation der Aufschwung folge. Die Adenauer-Mehrheit erlebt das „Übermorgen“ jedoch als stetiges Wirtschaftswachstum auf niedrigem Niveau mit anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit. In der Realpolitik erfahren dann viele aus den Klientelgruppen der Union, daß die kürzer werdende Decke des Sozialstaates auch ihnen weggezogen wird.

Das Dilemma der Union: Auf der einen Seite schwindet die Akzeptanz für das Wachstumsmodell, indem die Mehrheit nicht mehr am Wachstum partizipiert, auf der anderen Seite ist dieses Wachstumsmodell die Geschäftsgrundlage der FDP/CSU/CDU-Koalition und ihres Bündnisses mit dem Kapital.

Mit dem Beschwören nationaler Tugenden und nationaler Größe wird niemandem geholfen. Das macht manche besoffen, aber niemanden satt.

Geißler hat das strategische Dilemma der Union erkannt. Die Union wird nicht mehrheitsfähig bleiben, wenn sie sich weiterhin auf die Werte, Strömungen der Vergangenheit, auf wegsterbende Wählergruppen konzentriert, denn die Adenauer-Mehrheit wächst nach oben aus. Die nationale Rhetorik mochte in der Opposition helfen, die Bataillone zu sammeln, um zum Sturm zu blasen. Wer sich in der Union damit zufrieden gibt, denkt kurzfristig die Gegenwart, aber nicht langfristig die Vergangenheit. Geißler wollte der Union neue Wählerschichten, die Mehrheit der Zukunft und die Mehrheitsfähigkeit für die Zukunft sichern; die Berliner Wahl holte Geißler aus dem Himmel der Ideen auf den Boden der Realität zurück.

Als Ursache für das Debakel wird Geißlers platonische Liebe zum Sozialen und den Menschenrechten in Südafrika und Chile, für die multikulturelle Gesellschaft und die Vertagung der Wiedervereinigung auf den „XY“-Tag angelastet.

Geißler stellte sich mit seiner „Linkswende der Union“ zwei Fallen, in die er nun hineingetappt ist, die Lücke, die zwischen langfristiger Realisierung seiner Strategie und kurzfristigen Erfolgsdruck klafft, wird gegen diese Strategie verwandt. Die „Linkswende der Union“, die Geißler angeblich betreibt, leidet einerseits darunter, daß die Union wie auch die SPD nicht in der Lage ist, ihre Positionen authentisch den Wählerinnen und Wählern zu transportieren, andererseits befindet sie sich noch im Paradies des Konjunktivs. Blum erklärte zum Beispiel 1986, er werde noch 1987 nach Südafrika reisen, weil er in diesen Sachen selbst dann nicht kompromißfähig sei, „wenn 100 Prozent dagegen wären“. Noch steht diese Reise aus wie auch die „Linkswende“ der Union; statt der neuen Wählerschichten sind Geißler die Unionsrechten auf den Leim gegangen. Sie halten für vollzogen, was richtig gedacht, aber nicht stattgefunden hat.

Das schwierige Gleichgewicht zwischen Gegenwart und Zukunft konnte die Union nicht halten, die Falle schnappt für Geißler zu.

Die nationale Rhetorik, das nationale Mobilisierungsmodell, das die realen Probleme und Ängste der Bauern, Arbeiter, Rentner, der Steuerzahler aufgreift und auf den Verrat der nationalen Interessen und die Aufgabe deutscher Tugenden zurückführt, das früher Versailles und die Jugend für die Misere verantwortlich machte, und heute „Gastarbeiter“ und Asylanten, die sozialistischen Staaten, die EG und die USA, wird von den Unionsrechten gegen Geißler in Stellung gebracht. Damit wird die Linkswende der Union gestoppt werden können, aber gleichzeitig werden diese Positionen hoffähig gemacht und der rechte, von Strauß, Dregger, Todenhöfer und anderen gepflegte, gehegte Rand, bricht weg, denn warum soll der „demokratisch geläuterte Patriotismus“ der Republikaner, so ihr Vorsitzender Schönhuber, außerhalb des Verfassungskonsens stehen, nur weil er sich organisatorisch von der Union gelöst hat.

Die FAZ klagt, daß sich offenbar die Integrationsfähigkeit der großen Volksparteien erschöpft habe. Darin schwingt die Enttäuschung mit, daß dies nach der SPD nun auch der Union wiederfährt - eine Entwicklung, die für die Unionsseite Straußens Tod wahrscheinlich beschleunigt hat; ein lebender Strauß hätte - wie die bayerischen Wahlen und die Anfangserfolge der Republikaner zeigen - diese Entwicklung aufhalten, aber nicht verhindern können. Die Union muß jetzt die Lektion der SPD lernen. Wer zu verliebt in das Machen der Gegenwart ist, dem fehlt der Eros der Zukunft.

Das aktuelle Problem der Union lautet: die Kohlsche fixe Idee einer strategischen Mehrheit, die sich in dem Gedanken erschöpfte, ab einer gewissen Stimmenzahl für die Union könne ohne die Union keine Regierungsmehrheit gebildet werden, bricht zusammen. Die Union ist bewegungsunfähig.

Der Marktradikalismus des Koalitionspartners FDP fördert die soziale Verunsicherung und stärkt die ökonomisch-soziale Basis des rechten Randes, eine Rechtswende der Union würde den rechten Rand auch ideologisch festigen und organisatorisch weiter verselbständigen, aber auch dazu führen, daß die Bindekraft der FDP verloren geht. Gibt die FDP den rechtsstaats-liberalen Part, müßte sie die Koalition verlassen, paßt sie sich wie in Schleswig-Holstein und Berlin dem mafiosen Treiben der Union an, verschwindet sie im Desaster der Union.

Als vermeintlich letzte Trumpfkarte zieht Kohl jetzt das „rot-grüne“ Chaos hervor und salbadert von der „bitteren historischen Lektion unseres Volkes“, demokratische Parteien dürften sich unter keinen Umständen mit radikalen Gruppierungen verbünden. Kohl wird damit nicht vergessen machen können, daß die unionsgeführte Bundesregierung und die in der Union, die die nationale Standarte mit sich führen, daß diese Standartenführer die Positionen der Republikaner hoffähig gemacht und die Republikaner herbeigeredet haben, daß diese Bundesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik die soziale Basis für die Republikaner schafft. Längst haben rot und grün auch bewiesen, daß sie zusammen regierungsfähig sind und ihre Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen betreiben.

Und nicht vergessen ist, daß Weimar durch das Bündnis des Konservatismus und Liberalismus mit dem Faschismus zerstört wurde. Kohl möchte dies vergessen machen und gleichzeitig davon ablenken, daß die Neuauflage dieses Bündnisses längst vorbereitet wird.

Anläßlich des Wahlerfolges von Le Pen schrieb die FAZ vor fünf Jahren, es empfehle sich für die bürgerlichen Kräfte, ideologische Elemente der extremen Rechten zu übernehmen, da diese sich als erfolgreich erwiesen hätten; und es empfehle sich, diese Kräfte in ein Bündnis einzubeziehen, um die Linke niederhalten zu können. Am 1. Februar 1989 hat diese Zeitung den seriös-konservativen Charakter dieses potentiellen Bündnispartners der Republikaner, die ja zum großen Teil aus dem Funktionärskader der CDU/CSU stammen, dargelegt. Ohne Distanz beschreibt die FAZ als Ursache des Wahlerfolges der Republikaner die „Furcht vor Überfremdung“, betont, daß sich die Republikaner „zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“ bekennen und kommt erleichtert zu dem Schluß: „Die in den Papieren nachzulesende Zielsetzung der Partei hat demnach nichts gemein mit dem Nationalsozialismus. Das gilt auch für die Aktivisten der etwa fünfhundert Mitglieder zählenden Partei.“ Was Berlin erspart geblieben ist, die Koalition Republikaner-CDU unter einem Regierenden Bürgermeister Lummer, diese Koalitionsoption der CDU ist bald nicht mehr auszuschließen.

(-/27.2.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**SPD-Forderungen zur Postreform erfüllt**

**Neue Lage für die Beratungen im Bundestags-Ausschuß**

Von Arne Börnsen MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der 21. Februar 1989 wird sich aller Voraussicht nach für die Bundespost als wichtiger Meilenstein in der Entwicklung des Unternehmens herausstellen: Nachts um 23.15 Uhr erhielt ich die Bestätigung, daß die Koalitionsrunde eine Vereinbarung zwischen mir und dem Bundespostminister akzeptiert hat: Damit wurden drei entscheidende Forderungen der SPD erfüllt, eine Entwicklung, die auch entscheidenden Einfluß auf die Beratungen des Postausschusses des Bundestages haben wird.

Die Punkte sind:

**1. Aufhebung der Einvernehmensregeln zwischen BMP und BMF**

Eine technisch-nebensächliche Angelegenheit? Nein: Eine zentrale Forderung seit Jahren, vorgebracht aus den Funktionen des Parlamentes, strikt abgelehnt durch die Bundesregierung. Auch vor 1982. Was bedeutet es: Der Finanzminister verliert sein Letzt-Entscheidungsrecht über Personalhöhe, -aufwendungen und Investitionsplan der Bundespost. Damit erhält die Post die Beweglichkeit am Markt, die ihr von allen abgefordert wurde, nun allerdings erst ermöglicht wird.

Diese Forderung durchzusetzen, erschien noch vor 14 Tagen als völlig illusionär, abwegig und abenteuerlich.

**2. Hauptpersonalrat**

Die Zerschlagung der Bundespost war einer der Haupteinwände gegen den Regierungsentwurf. Mit dem erreichten Zugeständnis ist dieser Einwand nicht aus der Welt, aber ein Einstieg ist erreicht worden: Beim Direktorium (dem zentralen betrieblichen Organ) wird ein Hauptpersonalrat eingerichtet. Allerdings: Nur zuständig für das Sozialwesen. Allerdings: Wer unterstellt Gewerkschaftlern, eine solche Einflußmöglichkeit nicht ausbauen zu können?

**3. Infrastrukturbeirat**

Der Bundesrat forderte in seiner Stellungnahme zum Entwurf ein Gremium mit „beratender Funktion“. Vereinbart wurde nunmehr ein Beirat, der Beschlußrecht und beratende Rechte hat. Beschlossen wird über Rechtsverordnungen, zum Beispiel zur Festlegung von Pflichtleistungen, Stellung wird bezogen zum Wirtschaftsplan. Damit wird die parlamentarische Kontrolle und Mitwirkungsmöglichkeit von Bundestag und Bundesrat gewährleistet.

Diese Vereinbarung zu treffen, war nur möglich, aufgrund des gemeinsamen und langen Einsatzes vieler Postbeschäftigter und ihrer Gewerkschaft, unterstützt durch die SPD auf kommunaler Landes- und Bundesebene. Die Vereinbarung war ebenfalls nur möglich aufgrund der parallelen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Bundesregierung: DPG verhandelte am 13. Februar und 21. Februar mit dem Bundeskanzler und Postminister, SPD-Fraktion steckte parallel die parlamentarischen Wege und Absicherungen auf Koalitionsebene ab.

Nun gilt es, die erreichten Positionen während der parlamentarischen Beratungen abzusichern und auszubauen. Gesprochen werden sollte insbesondere über eine Ausweitung der Kompetenzen des Direktoriums, aber auch über die Ausfüllung bisher mitbestimmungsfreier Räume. Sollte das Erreichte überzeugend ausgebaut werden können, dann halte ich eine Überprüfung des Stimmverhaltens der SPD-Fraktion bei der Schlußabstimmung für sinnvoll.

(-/27.2.1989/rs/fr)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

Norbert Gansel: Wir lassen die Bundeswehr nicht los

Am 23. Februar fand im Fraktionssaal der SPD ein „Gespräch mit unseren Wehrpflichtigen“ auf Einladung der SPD und der Bundestagsfraktion statt. Die Veranstaltung wurde von Senator a.D. Pawelczyk geleitet. An ihr nahmen über zweihundert Vertrauensleute von Wehrpflichtigen teil. Nach Vorträgen von Generalleutnant von Ondarza, Inspekteur des Heeres, und MdB Zumkley, Mitglied des Verteidigungsausschusses, über „die Konzeption der Wehrpflicht in den 90er Jahren“ gab es eine lebhaft Diskussions, in die sich auch der Parteiratsvorsitzende der SPD, Gansel, stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses, mit einem Beitrag einschaltete. Im Folgenden dokumentieren wir Gansels Beitrag nach einer korrigierten Bandabschrift:

„Meine Dame, ich glaube, ich habe eine gesehen, meine Herren! Im Bundestag findet gerade eine frauenpolitische Debatte statt. Viele von uns Männern haben sich vorgenommen, da zuzuhören. Es ist schade, daß hier jetzt nicht auch Frauen aus dem Bundestag zuhören können, um die Probleme der Wehrpflichtigen, die vor allem Probleme von Männern sind, besser kennenzulernen. Gestern Abend habe ich eine Agenturmeldung auf den Tisch bekommen, aus der ich kurz zitieren möchte: Überschrift: ‚Fast jeder zweite Bundesbürger hält die Bundeswehr für unzeitgemäß.‘ Text: ‚Die Bundeswehr muß nach einer Repräsentativumfrage der Münchner Illustrierten ‚Quick‘ um ihren Ruf bangen. Mehr als 1.000 Personen über 16 Jahre wurden im Auftrag von ‚Quick‘ vom Institut für Demoskopie in Allensbach befragt. Danach finden 44 Prozent der Bundesbürger die Bundeswehr unzeitgemäß und out. Nur 28 Prozent der Deutschen erklärten die Bundeswehr weiterhin für in. Beinahe jeder dritte Befragte enthielt sich der Stimme. Wie aus der Umfrage hervorgeht, ist die Ablehnung bei den 17- bis 29jährigen Männern mit 57 Prozent besonders ausgeprägt.‘

Diese Meldung hat mir Sorge gemacht, und ich hatte mir vorgenommen, heute in unserem PresseDienst etwas dazu zu schreiben, und dies nicht nur als stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses und als jemand, der seine Wehrpflicht erfüllt hat und ein paar Monate mehr, sondern auch als Parteiratsvorsitzender der SPD. Ich will nun die Chance nutzen, hier vor Ihnen etwas zu sagen.

Der Inspekteur des Heeres hat vorhin gesagt, die Wehrpflicht sei eine Säule unseres Staates. Ich teile diese Auffassung nicht. Denn wenn die Wehrpflicht eine Säule unseres Staates wäre, dann könnte man auf die Idee kommen, dieser Staat würde zusammenbrechen, wenn es keine Wehrpflicht mehr gäbe. So ist es nicht und so darf es auch nicht sein. Aber, die Wehrpflicht ist ein wesentliches Element unserer äußeren Sicherheit, und dazu leisten Sie Ihren Beitrag.

Die Wehrpflicht ist ein wesentliches Element der Verankerung der Bundeswehr in unserem Volk. Verankerung meine ich nicht nur im Sinne demokratischer Akzeptanz, sondern auch im Sinne demokratischer Kontrolle. Wir lassen die Bundeswehr nicht los. Wir wollen nicht, daß sich jemals wieder in Deutschland das Militär verselbständigen kann. Und die Bundeswehr will das auch nicht. Dazu leiten Sie Ihren Beitrag und ich möchte die Chance nutzen, auch als Parteiratsvorsitzender der SPD, Ihnen für die SPD dafür unseren Dank zu sagen.

Nun ist es ja nicht neu, daß das Verhältnis der SPD zu den Streitkräften ein durch unsere Geschichte zwiespältiges ist. Das hängt unter anderem mit der langen Geschichte unserer Partei zusammen und mit der Geschichte unseres Volkes. Andere Parteien haben eine sehr viel kürzere Geschichte. Die begann übrigens in einem Fall damit, daß ein sehr prominenter Mann aus einer sehr viel jüngeren Partei erklärte, daß jedem, der jemals wieder ein Gewehr anfassen wolle, die Hand verdorren solle.

Ich glaube, die meisten wissen heute nicht mehr, wer gemeint ist. Das war ein Zitat von Franz-Josef Strauß. Ich hatte das noch in guter Erinnerung, als ich 1960 Wehrpflichtiger wurde.

Man kann die Haltung der SPD in wenigen Sätzen zusammenfassen: Die SPD ist eine antimilitaristische Partei, die zur Landesverteidigung und zur Wehrpflicht steht, die die Bundeswehr zusammen mit dem Bündnis für unsere äußere Sicherheit auf weiteres für unverzichtbar hält und für allseitige kontrollierte Abrüstung arbeitet. Wir sind eine antimilitaristische Partei, die für die Wehrpflicht eintritt und das Recht des Kriegsdienstverweigerers auf Gewissensentscheidung respektiert und voll verwirklicht haben will. Das sind keine Gegensätze, sondern das ist die ganze SPD, das alles gehört zusammen. Und wenn wir jetzt über neue Strategien diskutieren und sagen, wir wollen in der NATO, in der Bundeswehr zu einer Doktrin der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, so ist die Kehrseite der Medaille die strukturelle Verteidigungsfähigkeit. Das heißt, wir brauchen weiterhin funktionierende Streitkräfte und wir brauchen dazu die Wehrpflicht.

Wir Politiker haben die Verantwortung dafür zu sorgen, daß diese Wehrpflicht von der ersten bis zur letzten Minute durch sinnvolle Tätigkeit erfüllt werden kann.

Da haben wir in unserer Regierungszeit viel versäumt, da wird heute viel versäumt, da wird es immer Probleme geben, aber gerade im Bezug auf die Länge der Wehrpflicht stellt sich diese Forderung an uns mit besonderer Deutlichkeit, solange es keine politische Mehrheit für die Verkürzung gibt. Mein Kollege Zumkley hat Ihnen dazu schon unsere Überlegungen vorgestellt. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Bundeswehr die ihrem Verteidigungsauftrag gemäßen Waffen bekommt, aber auch nicht mehr. Soviel Rüstung wie nötig, aber sowenig wie möglich - und das wird vor allem unter außenpolitischen Gegebenheiten entschieden. Da sind die Chancen zur Zeit ein bißchen günstiger als in der Vergangenheit und wir müssen sie also nutzen. Wir machen uns da keine Illusion, aber wir müssen jede Chance zur Rüstungsbegrenzung nutzen.

Und dazu brauchen wir auch weiterhin einen freien Rücken und äußere militärische Sicherheit. Sie leisten dazu Ihren Dienst und ich möchte schlicht und einfach dafür Danke sagen."

(Zwischenruf: "...und die Jungsozialisten!")

„Ich sage das auch als jemand, der bei den Jungsozialisten seine politische Arbeit begonnen hat, der sich weiter den Jungsozialisten und ihrer Geschichte verpflichtet fühlt, der auch manchen Streit ausgefochten hat - wo kämen wir hin, wenn wir Meinungsverschiedenheiten nicht ausfechten würden - und der weiß, daß bei den Jungsozialisten viele Wehrpflichtige und auch einige Berufssoldaten aktive politische Arbeit machen.

Ein solches Zusammentreffen und Gespräch mit so vielen Vertrauensleuten aus allen Teilstreitkräften und aus der ganzen Bundesrepublik ist leider sehr selten. Sie alle sind Wehrpflichtige. Die SPD muß auch für die Wehrpflicht motivieren und deshalb hat sie heute auch Anlaß, Anerkennung denen zu sagen, die diese Wehrpflicht erfüllen.“

(-/27.2.1989/vo-he/rs)

\* \* \*